

Schwarz-Gelb: Masters of Desasters – oder: Stürzt Schwarz-Gelb uns ins Chaos?

Sie haben den themenlosen Wahlkampf geführt, weil sie nichts zu sagen hatten. Sie haben mit falschen Wahlversprechen und Steuergeschenk-Versprechungen die Wähler geködert. Sie haben mit Beginn ihrer Koalition keine klare Linie erkennen lassen, weil sie kein vernünftiges Programm haben. Und nun mussten sie bereits ihren ersten Minister austauschen. Aber: dies ist nicht das einzige Versagen von Schwarz-Gelb. Was droht uns noch?

Mit ihrem mantra-artig vorgetragenen **Steuermärchen „Mehr Netto vom Brutto“** haben sie uns vorgegaukelt, ein steuerpolitisches „perpetuum mobile“ erfunden zu haben: Steuern runter, das ergibt mehr Investitionen seitens der Unternehmen und mehr Konsumausgaben der privaten Haushalte – das wollten sie uns weis machen. Leicht eingängig, ist dieses Märchen jedoch erwiesenermaßen purer Unsinn, wird aber immer wieder gern aus der Versenkung geholt: Reagan hat es praktiziert, einen kurzen Wirtschafts-Hype erzeugt - und einen Riesen-Schuldenberg hinterlassen, der die folgenden Generationen belastet. Noch heute leidet die amerikanische Wirtschaft darunter.

Steuergeschenke auf Pump: Um die Wahlgeschenke für ihr Klientel zu finanzieren, will Schwarz-Gelb Steuerausfälle in Milliardenhöhe produzieren. Die Zeche zahlt der „kleine Mann“, der kaum was absetzen kann und immer wieder der Dumme ist. Wir erinnern uns: Die Koalition denkt an die Einführung der Pkw-Maut und will die Mehrwertsteuer auf die Müllgebühren von 7 auf 19 Prozent anheben.

Erinnern wir uns auch daran: Bereits kurz nach der Wahl hatte Schwarz-Gelb die Schönfärberei geplant und wollte einen **verfassungsrechtlich bedenklichen „Schattenhaushalt“** (nach dem Konzept der „Bad Bank“) aufstellen – zum Glück wurde das in letzter Minute verhindert.

Die Ernüchterung folgte auf dem Fuße: Denn bereits wenige Tage nach der Wahl, im Oktober, bröckelten die Wahlversprechen: Die in der Großen Koalition wohlweiblich im Grundgesetz verankerte **Schuldenbremse** setzte dem Größenwahn von Schwarz-Gelb Grenzen. Sie sorgte dafür, dass Einsparungen von 30 Milliarden Euro vorzunehmen sind.

Das **Hick-Hack und Gezerre um die Steuerpläne** nimmt immer groteskere Formen an: Merkel verteidigt die Steuerpläne, CSU-Seehofer pocht auf die Mehrwertsteuer-Reduzierung für Beherbergungsbetriebe (und produziert damit ein Steuer-Wirrwarr ohnegleichen und einen immensen Arbeitsaufwand für die Finanzämter) – inzwischen verlautbart, dass die für Januar 2010 geplanten Steuerpläne bereits auf der Kippe stünden.

Im **Kampf zwischen Ländern und Bund** wegen der absehbaren Steuerausfälle für die Länder wird schon mit Verfassungsklage gedroht – insbesondere auch seitens der CDU-geführten Länder. Schwarz-Gelb im Bund dreht den Ländern und den Gemeinden den Steuerhahn zu und lässt sie mit ihren Aufgaben alleine. Die Bundesregierung gefährdet die Balance zwischen den verschiedenen politischen Ebenen.

Aber auch unter den CDU-geführten Ländern wird das Kriegsbeil ausgegraben: **Bayerns Seehofer stellt den Finanzausgleich infrage** und bringt damit insbesondere die Nord-Regierungschefs (und damit auch seine CDU-„Freunde“) gegen sich auf. Dabei hat Bayern jahrzehntelang als Netto-Empfänger vom Finanzausgleich profitiert. Sind wir nun schon am Ende des föderalen Staates und der Solidarität angelangt?

Nicht nur in der Finanzpolitik steuert alles auf ein Chaos zu – auch in anderen Bereichen ist vieles im Argen (wir sprechen hier nicht von der Wirtschaftspolitik, denn die findet ohnehin nicht statt, und auch nicht von der Arbeitsmarktpolitik, denn hier gab es ja schon den ersten Ministerwechsel – und das dauert...).

In der Energie- und Umweltpolitik hat Schwarz-Gelb den **Ausstieg vom Ausstieg aus der Atomenergie** vereinbart. Röttgen lässt nun verlautbaren, dass der Ausstieg aus der Atomenergie unumkehrbar sei, und hält am Atomausstieg fest. Also was nun?

2008 hat Merkel in der Großen Koalition noch den **Betreuungsanspruch der Kinder** von 1 bis 3 Jahren unterschrieben; 2009 schreibt sie das Betreuungsgeld für Familien in den Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb und trägt damit zur sozialen Spaltung unserer Gesellschaft bereits vom frühen Kindheitsalter an fest. Ist das die neue Form von Glaubwürdigkeit, auf die wir uns einzustellen haben?

Die erfolgreiche Abwehr der Großen Koalition gegen Lohndumping und das Absinken unter die Armutsgrenze durch die Einführung von Mindestlöhnen hat Schwarz-Gelb durch die geplante Einführung **„sittenwidriger Löhne“** zynisch konterkariert. Wir halten fest: „Sittenwidrig“ sollen Löhne sein, wenn sie unter eine gewisse (nicht definierte) Grenze unterhalb des Branchendurchschnitts fallen – der Branchendurchschnitt kann sich aber beliebig reduzieren, unabhängig davon, ob der Lohn ausreicht, den Lebensunterhalt zu bestreiten oder nicht. Hier ist der Willkür Tür und Tor geöffnet – und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden behandelt wie Leibeigene. Ja, wo sind wir denn hier?!

Die Aufzählung ließe sich bestimmt nahezu beliebig fortsetzen – aber wir halten erst einmal inne. Wir sind sicher, dass wir noch etliche Fortsetzungen schreiben können. Wir halten die Augen offen und legen den Finger in die Wunde.